

# Falscher Applaus

## Debatte. Über Identitätspolitik, die Arbeiterbewegung und den Niedergang der SPD

Hans Otto Rößer

**»Das Bewusstsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaft politisches sein, wenn die Arbeiter nicht gelernt haben, auf alle und jegliche Fälle von Willkür und Unterdrückung, von Gewalt und Missbrauch zu reagieren, welche Klassen diese Fälle auch betreffen mögen ...«**

W. I. Lenin (Was tun?)

Die heftige Attacke, mit der Wolfgang Thierse in einem Artikel in der FAZ vom 22. Februar des Jahres<sup>1</sup> vermeintliche Gefahren und tatsächliche Probleme linker »Identitätspolitik« angeht, hat Erstaunliches bewirkt: Rechts bis links, Springer-Presse, Cicero und FAZ bis hin zu einer singulären Stimme in der jW, schreiten Seit' an Seit' zur Verteidigung von Thierse. [Götz Eisenberg macht in der jW \(11.3.2021\) mit Thierse die Identitätspolitik für ein »hysterisches gesellschaftliches Klima« verantwortlich](#) und wirft ihr vor, Partikularinteressen zu allgemeinen Interessen »aufzuspreizen«. Thierse und die »verdienten Parteimitglieder« Gesine Schwan, Ralf Stegner und Olaf Scholz lobt er für ihr Augenmerk auf das »Gemeinsame«, das all die »zerstreuten Intentionen« zusammenhalten könne. Mehr noch: Er attestiert ihnen eine »Politik, die das Gemeinwohl im Blick hat«. Trotz einigen Zögerns angesichts ihres langjährigen Verzichts auf linke Politik scheint er der SPD immer noch zuzutrauen, »den Einsatz für Minderheitenrechte mit dem Einsatz für die Interessen der arbeitenden Klasse (...) verbinden« zu wollen und zu können. Ich untersuche im folgenden, ob und inwieweit Thierses Lamento über Diskursverweigerer, Bilderstürmer, Krakeeler und Spalter den gegenwärtigen linken identitätspolitischen Bewegungen gerecht wird, und prüfe, wie es aktuell um den Einsatz der SPD für die Interessen der Arbeiterklasse bestellt ist.

### Wechselhafte Individualitäten

Wir werden ungefragt als Menschen verschiedenen Geschlechts in diese Welt hineingeboren und müssen uns mit den dort an einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Zeit vorgefundenen Bedingungen, dem Stand der Produktivkräfte, den historischen Formen der Individualität, also dem »menschlichen Wesen« auseinandersetzen. Diese Bedingungen prägen uns nicht wie ein Siegel, das sich im Wachs abdrückt, sondern als Anforderungsstrukturen, als Aktivitätsmatrizen, die wir uns aneignen müssen und nach unseren je eigenen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Interessen modifizieren können. Wenn wir uns mit anderen zusammentun, als kollektives Subjekt agieren, können wir manche Individualitätsformen beseitigen und neue an ihrer Stelle setzen, z. B. den freien Einzel- oder Genossenschaftsbauern an die Stelle des Leibeigenen. So bilden sich im Lauf eines Lebens Persönlichkeitsmerkmale heraus. Mit Verweis auf die, die uns immer oder in einer aktuellen Situation wichtig sind, antworten wir auf die Frage: Wer bist du? Das ist dann unsere »Identität«. Sie kann in einer Kontinuität des Ich Wandlungen einschließen, zu Entwicklung führen und, wenn man aus dem Beruf herausfällt und alt wird, bisweilen leider auch zum »Fall der Persönlichkeitsrate«. Ohnehin agieren wir gleichzeitig und im Verlauf des Lebens in verschiedenen Individualitätsformen, die in bürgerlicher Soziologie »Rollen« genannt werden.

Haben Individuen solche Merkmale gemeinsam, können sie sich entlang dieser sozialen Identitäten zusammentun. Auf den Höhen solcher Abstraktion könnte man so auch die Arbeiterbewegung eine Identitätsbewegung nennen, freilich eine, die sich auf die ökonomische Grundstruktur der Gesellschaft bezieht.

Daraus lässt sich schließen, dass es sich beim Begriff der Identitätspolitik wie bei dem Vorgängerbegriff der »neuen sozialen Bewegungen« um eine Konvention handelt, die zunächst im Blick auf Gegenstände und soziale Träger von der »alten« sozialen Bewegung der Arbeiterklasse abgrenzen soll. Es geht in der Sache um Widersprüche und Unterdrückungsverhältnisse jenseits des Klassengegensatzes. Schon zu Beginn der 1980er Jahre war von »Identitätsbedrohung und Identitätssuche« als Moment dieser Bewegungen die Rede.

Außer Betracht bleibt hier rechte Identitätspolitik. Sie beruft sich auf biologistische Kriterien wie »Rasse«, »Volk« oder »Blut« und zielt auf Exklusion, Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung der rassistisch und sozialdarwinistisch Markierten und auf den politischen Feind im Inneren, die Spalter und Zersetzer der »Volksgemeinschaft«, aber auch auf die »Unproduktiven«, die Kranken und »Faulenzer«, die die öffentlichen Kassen belasten, die »Ballastexistenzen«. Ausgeklammert werden auch Suchbewegungen, die in Regression und Reaktion enden, etwa wenn Jugendliche den Islam für sich entdecken.

Identitätspolitik, um die es hier geht, bezieht sich auf Unterdrückungsverhältnisse, auf Diskriminierung und auf die Vorenthaltung gleichen Rechts. Politisierung und Organisierung verlaufen entlang von Zuschreibungen, die nicht selbstgewählt sind. Sie werden den Unterdrückten und Diskriminierten von oben aufgebrannt. Der Patriarch »macht« die Frau. Der Sklavenhalter, der Kolonialherr und ihre heutigen Erben in den »Herrenvolkdemokratien« »machen« den schwarzen Sklaven. In der Abwehr solcher Unterdrückung, die die Verachtung und den Rassismus produziert, kann es zu Umwertungen und Wandel des Habitus kommen, zum demonstrativen Stolz auf das Merkmal, weswegen man ausgeschlossen wird.

Es geht also um gleiche Rechte und ihre Weiterentwicklung, um die Anwendung dieser Rechte gegen die fortdauernde Diskriminierung und Gewalt unterhalb des rissigen Schutzschirms des Rechts, schließlich um den Kampf für ein besseres Leben, vielleicht sogar für das gute Leben für alle. Es geht um handfeste Dinge. Es geht nicht, wie Thierse meint, um Toleranz, die die herrschende Macht den Ohnmächtigen gnädigerweise gewährt. Thierse, der alles durcheinanderrührt, von Werten redet, allenfalls von »geschichtlich geprägten kulturellen Normen«, spricht niemals von Rechtsnormen, um die es einzig geht, um Anerkennung durch Recht. Toleranz ist noch nicht einmal minderes Recht, es ist überhaupt kein Recht, sondern Duldung nach Herrschaftskalkül, im Schatten der von Thierse aufgerufenen »Mitte der Gesellschaft«, der »berechtigten kulturellen Ansprüche« der »Mehrheit«. Der Tolerierte hat dankbar zu sein, unauffällig, bescheiden und still, als habe er keinen Mund. Er darf nicht laut werden und nicht nerven, denn dann »spaltet« er, erzeugt bei der Mehrheit »Unsicherheit und Abwehr«.

## Die zugrundeliegende Spaltung

Thierse suggeriert: Nicht die Klassen- und Unterdrückungsverhältnisse der Gesellschaft, in der wir leben, machen den »Riss« zwischen oben und unten, erst die Unterdrückten, die aufbegehren und sich erregen, spalten dadurch. Wer von jener grundlegenden Spaltung der Gesellschaft schweigt und auf Gruppen ablenkt, die sich wehren, will, dass alles so bleibt, wie es ist. Aus entgegengesetzter Ecke melden die Freunde des Proletariats und Kritiker der politischen Ökonomie Bedenken an. Führt der Kampf ums Menschen- und Bürgerrecht nicht geradewegs in die bürgerliche Gesellschaft hinein, fragt die Schriftstellerin Sibylle Berg im Spiegel (13.3.2021): »Gleiche Rechte«, das bedeute doch »die gleichen Chancen, sich ausbeuten zu lassen«. Gegenfrage: Wenn man draußen und unter dem Gewaltniveau der herrschenden Verhältnisse gehalten wird, wohin sonst könnten die ersten Schritte aus der Unmündigkeit führen als in die Inklusion?

Als Arbeiter im 19. Jahrhundert und später hinzukommend die Frauen (auch der Bourgeoisie) für das allgemeine Wahlrecht kämpften, begaben sie sich damit in die Institutionen des herrschenden Systems. Als Arbeiter nach und nach die Senkung der täglichen Arbeitszeit erkämpften, wurden sie ungewollt zum Motor der Kapitalmehrung durch technischen Fortschritt, weil nun die Eigner gezwungen waren, von der Auspressung des absoluten zu der des relativen Mehrwerts zu wechseln. Anstatt sich ultralinks zu empören, feierte Marx die Verkürzung des Arbeitstags als ersten Sieg der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.

Nun machen sich unhintergehbare Klassenlagen nicht nur »intersektional« geltend, sondern bisweilen durchaus im Vordergrund. Nancy Fraser, die in dieser Debatte eine Rolle spielt, seitdem sie die Niederlage der US-Demokraten gegen Donald Trump 2017 mit ihrer Formel vom »progressiven Neoliberalismus«<sup>2</sup> erklärt hat, verweist hier gern auf das Schicksal des Feminismus in den USA. Dessen Forderung nach Ablösung des fordistischen Familienlohns und der Versorgerehe bedeute je nach Klassenlage ganz Unterschiedliches. Für die Frauen im Prekariat bedeutet sie Niedriglöhne, oft verbunden mit dem Zwang, mehrere Jobs annehmen zu müssen, für die gutbildeten Frauen der Mittel- und Oberschicht hingegen gutbezahlte Jobs in den Führungsetagen der Konzerne, Finanzinstitute oder Großkanzleien. Sie bilden die soziale Basis eines neoliberalen Feminismus, dem es nicht mehr um soziale Gerechtigkeit und den Kampf gegen kapitalistische Hierarchien geht, sondern um Karrieren in diesen Hierarchien. Revolution, das ist jetzt die Diversifizierung der Klassenordnung, nicht ihre Beseitigung. Auch für die arbeitenden Frauen der Armen hält dieser Neoliberalismus Aufstiegsmöglichkeiten bereit, sie können Polizistinnen werden oder Soldatinnen, sie dürfen jetzt überall mitspielen, wie Georg Seeßlen an Hollywood-Filmen der 1990er Jahre diagnostizierte, nur nicht die Spielregeln ändern.<sup>3</sup>

Wenn die gutverdienenden Mittelschichtspaare zur Arbeit fahren, schließen schlecht bezahlte migrantische Frauen die »Care-Gap«, kommen morgens in die Vorstädte und übernehmen die Sorgearbeit in den schmucken Häusern, in deren Vorgärten »Black Lives Matter«-Plakate aufgestellt sind. Sie müssen sich sputen und bis Anbruch der Dunkelheit das Quartier verlassen haben, weil sie ansonsten von Sicherheitskräften als Fremde angehalten und kontrolliert werden können. Die Klassenfrage lässt eben die rassistische Markierung nicht verschwinden. Es mag sein, dass sie in den Chefetagen der globalen Elite eine geringere Rolle spielt, dass dort Diversity und Buntheit moderne Mehrwertgeneratoren sind, diese Unterschiede spielen aber eine Rolle, wenn sie den liberalen weißen Mittelschichten im Viertel zu nahe rücken. Die schwarze Literaturwissenschaftlerin bell hooks<sup>4</sup> erzählt, dass sie in ihrer wohlhabenden Nachbarschaft in Greenwich Village oft von Ladenbesitzern angehalten und gefragt werde, wo sie arbeite und wessen Kinder sie beaufsichtige. Mag es auch um »Sichtweisen« oder »Stereotype« gehen, so ist hook materialistisch genug, um hinter dem »Vorurteil« das letztlich ausschlaggebende ökonomische Interesse zu identifizieren. Wenn reiche schwarze Menschen in die Quartiere liberaler Weißer ziehen, sorgen die sich, »dass die Schwarzen Leute möglicherweise ein paar arme Verwandte haben – und schon geht sie dahin, die schöne Nachbarschaft«. Mit anderen Worten: Die Immobilienpreise fallen. Sollte eine Linke dazu schweigen, es als Luxusproblem von Bessergestellten abtun? Ja, das kann man machen, man kann »Arbeiterpolitik« betreiben, vielleicht sogar radikale, aber mit solch einer Blindheit würde man sich im Ökonomismus einigeln, sich von vornherein der Möglichkeit berauben, eine hegemoniefähige Politik zu entwickeln.

## Offene Türen einrennen

Die hier vertretene Perspektive einzunehmen heißt demnach nicht, unbesehen zu bejubeln, was aus identitätspolitischer Ecke kommt. Aber das Gezeter über Anredeweisen und der Spott über Etikettierungskämpfe vor Toilettentüren machen sich an Exotismen fest und schüren Ressentiments, statt Kritik zu befördern, die Sektierertum und Elfenbeinturm in die Schranken weist. Ginge es nämlich um seriöse Kritik, hätte Götz Eisenberg auffallen können, dass er mit seinem Bekenntnis dazu, ein Mensch mit mehreren Identitäten zu sein, schon längst bei einigen der geschmähten Akteure offene Türen einrennt und in einem leeren Raum landet, nämlich da, wo die Entmaterialisierung aller sozialwissenschaftlicher Kategorien propagiert wird. Wenn sich Identitäten in Sprachspiele auflösen, steht ihrer unendlichen Pluralisierung nichts mehr im Wege. Die Identitätspolitiken heben sich auf ihrer eigenen theoretischen Grundlage auf. Blind für alle relevanten ökonomischen Zusammenhänge, entgeht ihren Ideologen, dass die Propaganda flüssiger, pluraler Identitäten praktisch wahr wird als subjektive Infrastruktur des »flexiblen Kapitalismus« der Gegenwart. Die erkämpften (und gleichwohl zu entwickelnden) Geschlechterarrangements sind dann nicht nur als identitätspolitische Erfolge zu feiern, sondern in ihrer Passung

in die Vergesellschaftungsverhältnisse zu begreifen, in denen nicht nur überkommene Familienformen verdampfen, sondern auch bestehende Lohnformen dereguliert werden.<sup>5</sup>

Wie solche Materialismus- und Marxismusferne beschaffen ist, konnte man bis Ende März in der Ausstellung »Ich sehe was, was du nicht siehst – Rassismus, Widerstand und Empowerment« im Historischen Museum in Frankfurt am Main besichtigen: vieles über rassistische Blicke und Stereotype, nichts über den strukturellen Rassismus in den repressiven Staatsapparaten. Abgelegen ein einziges Plakat über einen von der Polizei erschossenen Jugendlichen, nichts über ethnifizierte Armut, nichts über Fließbandarbeit, Müllentsorgung, Reinigungs- oder Küchenpersonal. Allerdings wäre hier auch linke Toleranz gefragt und nicht nur der sprachliche Überbietungswettbewerb bei den Kultur- und Sozialwissenschaften in Rechnung zu stellen, sondern es wäre auch zu berücksichtigen, dass der Marxismus, durchaus mit Hilfe von Herrn Thierse und seinesgleichen, an deutschen Universitäten nach Abwicklung und mit Hilfe von »verantwortlicher« Berufungspolitik ein Schattendasein führt.

Um solcherart Kritik geht es aber nicht. Thierse redet von Aufklärung und Vernunft und errichtet mit Berufung auf »Nationalkultur«, »Mitte« und »Gemeinwohl« Barrieren gegen die Identitätspolitik, wo sie Ernst macht. Unter Tabu gestellt wird die »Rede vom strukturellen (...) Rassismus«. Wer diese Blankoentschuldung der Staatsapparate propagiert, muss wissen, was er tut. Dass er unbedacht formulierte, wird man nicht annehmen können, nach dem NSU, nach den Drohmails aus hessischen Polizeirevieren, nach verschwundener Munition oder 181 Todesfällen von rassifizierten Menschen, darunter einige durch Polizeigewalt und in Polizeigewahrsam zu Tode gekommen. Klar dürfte sein: Wer das Problem leugnet und seine Bearbeitung verhindert, gefährdet die Handlungsfähigkeit der gesamten Linken.

Daran gemessen ist nur lächerlich und peinlich, was Thierse gegen antirassistische und »postkoloniale« Aktionen für die Umbenennung von Straßen, Plätzen und Gebäuden einzuwenden hat. Er wirft ihnen die »Reinigung und Liquidation von Geschichte« vor, nachdem alle Fraktionen der herrschenden Ordnungsmächte schon lange die Namen kommunistischer Arbeiter von den früheren DDR-Straßenschildern entfernt haben. Jetzt hingegen möchte Thierse, dass Orte, die nach kolonialistischen Schlächtern oder Nazis benannt sind, nicht umbenannt, sondern diese Namen kommentiert werden sollen – als, nun ja, »Stolpersteine der Geschichte«. Heißt es ab sofort wieder: »Negerjazz auf dem Adolf-Hitler-Platz«<sup>6</sup>, diesmal jedoch bitte mit Kommentierung?

## Die Probleme der SPD

Dem Buchstaben des Wahlprogrammwerfs der SPD zufolge, auch nach dem, wie es Olaf Scholz in der FAZ präsentiert hat (1.3.2021), steht Thierse im Abseits, ist sein Text ein Wildläufer im Spektrum der SPD. Es gibt nämlich, so Scholz, keinen »unüberbrückbaren Gegensatz (...) zwischen den Wertvorstellungen einer sozialen Politik auf der einen Seite sowie einer liberalen und diversen Gesellschaft auf der anderen Seite«. Auch seine Warnung davor, über alle Identitätspolitik »die Interessen der breiten arbeitenden Bevölkerung aus dem Blick« zu verlieren, scheint nachvollziehbar zu sein, denn darauf lag auch der Fokus von Nancy Frasers Analyse des Wahlsieges von Trump. Die Demokraten hätten die New-Deal-Politik aufgekündigt, die Deindustrialisierung des Landes betrieben, die Reallöhne gesenkt und einen prekären Sektor der Lohnarbeit geschaffen, also so gut wie alles getan, was auch Tony Blairs und Gerhard Schröders Manifest der »Neuen Mitte« 1999 empfohlen hatte. Statt die Interessen der Mehrheit der Lohnarbeiter im Blick zu behalten, hätten sie sich mit den wohlhabend gewordenen Teilen der neuen sozialen Bewegung verbunden und deren Glamour als Fassade benutzt.

Abgesehen davon, dass Frasers Analyse sich fast nur auf den Feminismus bezieht und soziologisch unterbelichtet ist, auch abgesehen davon, dass sie kein Wort darauf verwendet, dass die Glanzzeit demokratischer Sozialpolitik nach 1945 mit der Eskalation der US-amerikanischen Kriegführung in Vietnam zusammenfällt und dass sich die Außenpolitik eines Bernard Sanders kaum von der des jetzigen US-Präsidenten Joseph Biden unterscheiden hätte, gibt es drei gravierende Unterschiede zur Lage in Deutschland: Dem US-amerikanischen Zweiparteiensystem stehen hierzulande sechs Parteien gegenüber. Die Repräsentationslücken, die die SPD

geschaffen hat, wurden von zwei erfolgreichen Parteigründungen bzw. Umgründungen zumindest zum Teil geschlossen, das »kleinere Übel« zieht nicht mehr. Der neoliberale Flügel der einstmaligen neuen sozialen Bewegungen hat sich bei uns zu einer trotz aller Einbrüche stabilen Partei verfestigt. Und schließlich fand das Debakel des deutschen »progressiven Neoliberalismus« nicht 2017, sondern bereits 2005 statt. Die zurückliegenden 15 Jahren haben jedoch gezeigt, dass die SPD zu einer substantiellen Korrektur ihrer Politik nicht bereit und wahrscheinlich auch nicht in der Lage ist.

Um das zu verstehen, kann man durchaus Olaf Scholz' »Erzählung« in die 1960er Jahre folgen. Sie hat eine von ihm nicht erwähnte Vorgeschichte. In Folge der Umwandlung kapitalistischen Produzierens in den Modus einer intensiv erweiterten, also durch wissenschaftlich-technische Innovationen angetriebenen Reproduktion wandelten sich Qualifikation und Zusammensetzung des gesamtgesellschaftlichen Arbeitskörpers, man benötigte mehr akademisch gebildete Arbeitskräfte. Als erstes erkannte das die SPD. Sie wurde der politische Motor der sogenannten Bildungsexpansion, denn jetzt konnte sie das schon lange formulierte Programm, soziale Emanzipation durch individuellen Aufstieg zu ersetzen, auf breiter Basis verwirklichen. Die Intelligenz wurde »Massenschicht«, und zwar nicht freiberufliche, sondern lohnabhängige. Dieser Erfolg sollte zugleich zur entscheidenden Schwächung der Partei beitragen. Bei den Bundestagswahlen 1972 hatte die SPD nicht nur in der statistischen Gruppe der Arbeiter, sondern auch der Angestellten erstmals die Mehrheit der Stimmen bekommen. Bei den letzteren hatte sie diese schon vier Jahre später wieder verloren, zuerst die traditionellen Gruppen an die CDU/CSU, später dann die jungen lohnabhängigen Zwischenschichten an die sich formierenden Grünen. Die SPD war sogar Geburtshelfer dieser Partei, weil sie unbeirrt am Bündnis zwischen Nuklearindustrie und ihrer Branchengewerkschaften festhielt. Elektoral gesehen sind die Grünen eine Ausgliederung aus dem sozialliberalen Wählerblock der 1970er Jahre. Gleichzeitig verlor die SPD durch ihre Rotstiftspolitik Arbeiterwähler.

In den bleiernen Kohl-Jahren näherten sich SPD und Grüne zusehends an, auch mit Blick auf die soziale Lage der Parteimitglieder. Beide Parteien waren weitgehend solche von Angestellten und des öffentlichen Dienstes, die SPD immer noch mit einem kleiner werdenden Segment gewerkschaftlich organisierter Facharbeiter. Dies war die Basis für die gemeinsame Regierungsbildung der beiden Parteien mit gemeinsam vollzogener neoliberaler Wende und hin zu einer militarisierten Außenpolitik. Dadurch erwuchs der SPD schließlich eine weitere Konkurrenz in Form der zur Partei Die Linke umgebauten PDS. Nach nicht einmal zwei vollen Legislaturperioden, nach erster Kriegsbeteiligung seit 1945, nach gesetzlicher Entfesselung des Kapitalmarktes, Hartz IV und Dosenpfand war »Rot-Grün« am Ende. Seither hangelt sich die SPD durch große Koalitionen und ist in Umfragen bei 15 bis 18 Prozent Wählerzustimmung gelandet.

In dieser Lage täte die SPD gut daran, ihre Basis unter den Lohnabhängigen zu konsolidieren. Indes scheint sie weiterhin ihre Parteiinteressen bis zur Selbstaufgabe ihrer Funktion im Management der bestehenden Verhältnisse unterzuordnen. Soziale Forderungen, die reichlich im Entwurf ihres Wahlprogramms zusammengetragen sind, stehen immer unter diesem Vorbehalt. Die Pointe der Erzählung von Olaf Scholz' Aufsteigergeschichte ist ernüchternd, das Modell des sozialen Aufstiegs war einmal. Bildungsexpansion bis hierher, aber keinen Schritt weiter. Das Versprechen, »ein ganz normales Mittelschichtleben zu führen«, schreibt Scholz in der FAZ, »gilt nicht mehr ungebrochen für alle«. Dann aber bleibt nur der wohlfeile Applaus von den Balkonen: »Neben der Wahrung von Arbeitnehmerrechten« (von Ausbau ist keine Rede) »geht es mir vor allem darum, den Wert der Arbeit« (gleich: Wertschätzung) »und den Stolz des Berufs (...) im Blick zu behalten«. An die Stelle materieller Verbesserungen treten wohlfeile symbolpolitische Gesten für die, die viel arbeiten und wenig verdienen. Ein Dialektiker in der Feuilletonredaktion der FAZ, Thomas Thiel, nennt das die »identitätspolitische Konversion der sozialen Frage«, vollzogen von der SPD. Besser könnte es auch eine marxistische Zeitung nicht formulieren.

## Anmerkungen

1 Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft?, FAZ, 22.2.2021

2 Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2017, S. 71 ff.

3 Georg Seeßlen: Die Wiederkehr der Kriegerinnen. Die Zeit, 12. März 1998

4 bell hooks (es handelt sich um ein bewusst kleingeschriebenes Pseudonym): Die Bedeutung von Klasse. Unrast-Verlag, Münster 2019

5 Näheres bei Tove Soiland: Zum problematischen Cultural Turn in der Geschlechterforschung. In: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 120, Dezember 2019, S. 43 f.

6 So aufgesammelt von Peter Rühmkorf: Über das Volksvermögen. Rowohlt-Verlag, Reinbek 1967

Von Hans Otto Rößer erschien zuletzt im Verlag Wolfgang Polkowski das Buch »Georg Büchners politisches Vermächtnis. ›Die Bildung eines neuen geistigen Lebens im Volk suchen‹«, Gießen 2020. In der jW schrieb er an dieser Stelle zuletzt in der [Ausgabe vom 7. Januar 2021](#) über die Wiederkehr der Triage in der Pandemie.

---

<https://www.jungewelt.de/artikel/400128.identitaetpolitikdiskurs-falscher-applaus.html>